

Freitag, 5. Februar 2021

Presse-Statements

der Partner im Verbändebündnis „Soziales Wohnen“

Alle 12 Minuten verschwindet eine Sozialwohnung vom Markt

Deutschland braucht eine neue Wohnraumoffensive, die ihren Namen auch verdient. Keine fürs politische Schaufenster, sondern eine, von der die Menschen auch etwas haben: nämlich vor allem mehr bezahlbare Mietwohnungen und mehr Sozialwohnungen. Wenn die Bundesregierung immer noch von einer Wohnraumoffensive spricht, dann hat das viel mit Etikettenschwindel zu tun. Denn es wird nach wie vor zu wenig gebaut, vor allem aber am Bedarf vorbei. Mieten und Kaufpreise sind für die meisten Haushalte nicht bezahlbar.

Bei der „Seehofer-Wohnraumoffensive“ hat die Bundesregierung die soziale Realität im Land völlig ausgeblendet. Seit Horst Seehofer Bundesbauminister ist, gibt es nicht mehr, sondern weniger Sozialwohnungen. Der Schwund ist enorm: 43.000 Sozialwohnungen sind bundesweit in den vergangenen fünf Jahren vom Markt verschwunden – und zwar Jahr für Jahr. Das macht rechnerisch alle 12 Minuten eine Sozialwohnung, die in Deutschland verlorengeht. Mittlerweile haben wir die Marke von 1,1 Millionen Sozialwohnungen unterschritten. Nur zur Erinnerung: Ende der 80er-Jahre gab es noch 4 Millionen Sozialwohnungen – allein in der alten Bundesrepublik. Dann kam die Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit.

Was jetzt kommen muss, ist die Neuauflage einer echten Wohnraumoffensive – effektiver und sozialer als das, was wir in den letzten Jahren erlebt haben.

Robert Feiger

Bundsvorsitzender
der IG Bauen-Agrar-Umwelt | IG BAU

>>> -----

Ärmere Haushalte: Fast 50 Prozent gehen für Wohnkosten drauf

Der Mangel an bezahlbaren Wohnungen wird jedes Jahr dramatischer. Laut Wohngeld- und Mietenbericht der Bundesregierung liegt die individuelle Wohnkostenbelastung bei fast 30 Prozent im bundesweiten Durchschnitt, bei einkommensarmen Haushalten (< 1300 Euro) sogar bei fast 50 Prozent.

Zeitgleich existieren in Deutschland derzeit nicht einmal mehr 1,1 Millionen geförderte Wohnungen mit Mietpreisbindungen – der Bedarf liegt laut Pestel-Institut bei 6,3 Millionen. Dennoch geht der Bestand aufgrund unzureichenden Neubaus bei zeitgleichem Auslaufen der Preisbindung kontinuierlich um mehr als 43.000 Wohnungen pro Jahr zurück.

Wir brauchen dringend mehr Impulse für den sozialen Wohnungsbau und bessere Rahmenbedingungen für bezahlbare Wohnungen.

Lukas Siebenkotten

Präsident
des Deutschen Mieterbundes | DMB

>>> -----

Vom Wohnungsmarkt ausgeschlossen – eigene Wohnung bleibt ein Traum

Wie alle Menschen möchten auch Menschen mit Behinderung selbst über ihre Wohnsituation entscheiden können. Art. 19 der UN-Behindertenrechtskonvention, die seit 2009 in Deutschland gilt, bestimmt das Recht auf selbstbestimmtes Wohnen.

Menschen mit Behinderung müssen die Möglichkeit haben, zu entscheiden, wo und mit wem sie leben. Durch den Mangel an barrierefreiem und bezahlbarem Wohnraum können Menschen mit Behinderung dieses Recht jedoch nicht wahrnehmen, sie sind vom Wohnungsmarkt fast ausgeschlossen.

Eine Chancengleichheit besteht längst nicht und sie haben das Nachsehen gegenüber anderen Gruppen, die am Markt um Sozialwohnungen mit ihnen konkurrieren. Der Aufbau einer selbständigen Existenz in der eigenen Wohnung bleibt für viele Menschen mit Behinderung daher ein Traum.

Der Zugang zu kommunalen Grundstücken muss für Träger von Sozialunternehmen wie der Caritas hergestellt werden, um für die hohe Nachfrage ausreichend Angebote zum Wohnen für Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung zu schaffen.

Janina Bessenich

Geschäftsführerin
der Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie | CBP

>>> -----

Wohnungsbau braucht Sicherheit für die Planung und Offenheit bei der Technologie

Die wohnungsbaupolitischen Ziele der Bundesregierung sind in der laufenden Legislaturperiode weder quantitativ noch qualitativ erreicht worden. Um bedarfsgerechten Wohnungsbau in der kommenden Wahlperiode zu ermöglichen, brauchen wir als politische Voraussetzungen Planungssicherheit und Technologieoffenheit.

Zur Planungssicherheit gehört ein gesetzlicher Rahmen in der Steuer- und Förderpolitik der neuen Bundesregierung, der mindestens über fünf Jahre stabile Rahmenbedingungen für Investitionen in den Wohnungsbau schafft. Nur so werden entlang der gesamten Wertschöpfungskette – von der Planung über die Baustoffherstellung bis zur Verarbeitung am Bau – die erforderlichen Entscheidungen für die notwendigen Investitionen in Personal und Ausrüstung getroffen.

Die Technologieoffenheit am Bau muss einerseits jetzt gewährleisten, dass mit den für die jeweilige Bauaufgabe geeignetsten Baustoffen kostengünstig, langlebig und damit nachhaltig gebaut wird. Andererseits muss in der Zukunft gewährleistet werden, dass der Weg zur CO₂-Einsparung im Gebäudebereich sowie zu einer echten Kreislaufwirtschaft insbesondere mit Blick auf den sozialen Wohnungsbau für alle bezahlbar bleibt.

Dr. Hans Georg Leuck

Ehrevorsitzender
der Deutschen Gesellschaft
für Mauerwerks- und Wohnungsbau | DGfM

>>> -----

Bau funktioniert nicht per „politischem Knopfdruck“ – Bau braucht Perspektive

Der Bau lässt sich nicht per „politischem Knopfdruck“ zu Beginn einer Legislaturperiode beliebig an- und danach wieder abschalten. Genau das hat diese Bundesregierung mit ihrer auf vier Jahre angelegten „Sprinter-Wohnraumoffensive“ getan: Von der befristeten Sonder-AfA bis zum Baukindergeld – zu viele Bauanreize haben ein Verfallsdatum, zu viele Förderungen werden nach Kassenlage des Finanzministers gemacht.

Wer erwartet, dass die Baustoffindustrie enorme Summen in neue Produktionsstraßen investiert, der muss ihr auch eine Perspektive geben. Das gilt genauso für das Baugewerbe, wenn es darum geht, Fachkräfte auszubilden und einzustellen. Ganz abgesehen davon, dass junge Menschen sich für den Bau nur dann begeistern lassen, wenn sie wissen, dass er ihnen auch übermorgen noch einen sicheren Job bietet.

Die Branche wartet seit Jahren auf verlässliche Rahmenbedingungen. Wir warten vergeblich auf eine Wohnungsbaupolitik, die der Bau- und Immobilienwirtschaft über die jeweilige Legislaturperiode hinaus Planungssicherheit gibt. Dazu gehören vor allem klare, mittel- bis langfristige Zusagen für die Förderung des sozialen und bezahlbaren Wohnungsbaus. Ebenso die seit Jahren vom Baustoff-Fachhandel und anderen Verbänden der Bau- und Immobilienwirtschaft geforderte dauerhafte Verbesserung der Abschreibungsbedingungen – Stichwort: Erhöhung der AfA von 2 auf 3 Prozent. Zudem müssen die Fördermittel, die der Bund den Ländern zukommen lässt, auch tatsächlich eins zu eins in den Wohnungsbau investiert und vorher von den Ländern noch aufgestockt werden.

Vor allem aber muss der Staat aufhören, als „Co-Bauherr“ mitzubestimmen, was mit welchen Baustoffen gebaut werden soll. Er soll sich aus dem Wettbewerb der Systeme heraushalten und einheitliche, verlässliche Rahmenbedingungen für den Einsatz von Baustoffen schaffen. Der Bau in Deutschland schluckt seit Jahren Vorgaben, die für Unmut und oft auch für Unwirtschaftlichkeit sorgen: Das Mantra von Bauweisen und Ausstattungen, die von der Politik gebetsmühlenartig beschworen und auch verordnet werden.

Katharina Metzger

Präsidentin

des Bundesverbandes Deutscher Baustoff-Fachhandel | BDB

>>> -----